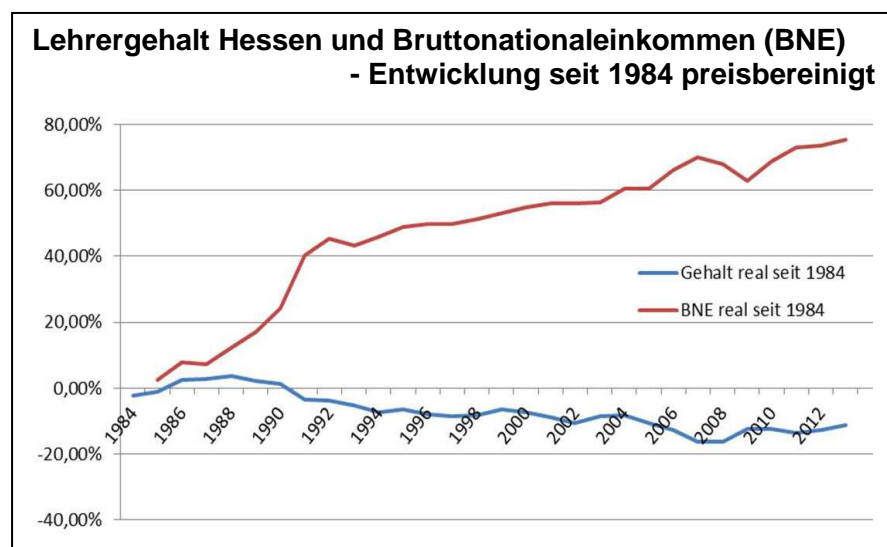


## Besoldung

### - was sagt der Koalitionsvertrag?

Vor dem Blick in den Koalitionsvertrag lohnt einer auf die Entwicklung der Besoldung, insbesondere im Vergleich mit der Entwicklung des Nationaleinkommens. Seit 1984 ist das National-



einkommen preisbereinigt um 75 Prozent gestiegen. Das Gehalt hätte auch deutlich steigen müssen. Stattdessen ist das Gehalt real, also preisbereinigt deutlich gefallen.

**Die Grafik zeigt: Andere nehmen sich von unseren Anteilen des „Kuchens“. Wir werden real ärmer, während andere umso reicher werden!**

Den Politikern ist dieser Sachverhalt bekannt, sie müssten gegensteuern. Interessant, was der Koalitionsvertrag dazu sagt.

*„Wir werden den Anstieg der Personalausgaben begrenzen. Dies geschieht in einer Kombination aus einem Stellenabbau außerhalb des Bereichs der Lehrerstellen um zusätzlich rd. 1.800 Stellen und einem Fortwirken des zum 01.07.2014 beschlossenen Besoldungszuwachses von 2,8 Prozent bis zum 30.06.2016. Ab dem 01.07.2016 steigen die Beamtgehälter um 1 Prozent jährlich. Schließlich werden wir die hessischen Standards bei der Gewährung von Beihilfe anpassen.“<sup>1</sup>*



Mit anderen Worten: Trotz der sich rasant öffnenden Schere zwischen der Entwicklung des Nationaleinkommens und der Entwicklung unserer Gehälter soll es nach der bereits beschlossenen Gehaltserhöhung von 2,6 Prozent (0,2 Prozent gehen angeblich in eine „Versorgungsrücklage“) zum 01.04.2014 (das im Koalitionsvertrag genannte Datum 01.07.2014 ist falsch) praktisch nichts mehr geben. 2015 soll es eine Nullrunde geben. In den nachfolgenden Jahren jeweils 0,8 Prozent (0,2 Prozent gehen in eine „Versorgungsrücklage“).

**Wenn wir von einer niedrigen Inflationsrate wie in den letzten Jahren ausgehen, wird unser Gehalt innerhalb der Legislaturperiode von Schwarz-Grün real um über 10 Prozent sinken!<sup>2</sup> Das ist völlig unakzeptabel und muss auf unseren Widerstand stoßen.**

Die faktische Gehaltskürzung beurteilt der Rechtswissenschaftler Ulrich Battis zudem als „eindeutig verfassungswidrig ... In seiner jüngsten Rechtsprechung habe das Verfassungsgericht den Gesetzgeber verpflichtet, fortlaufend zu prüfen, ob die gewährte Besoldung amtsangemessen ist und sie bei Bedarf zu korrigieren. „Die Koalition koppelt sich ... von den verfassungsrechtlich

<sup>1</sup> Koalitionsvertrag Seite 7

<sup>2</sup> Siehe Grafik auf der Rückseite.

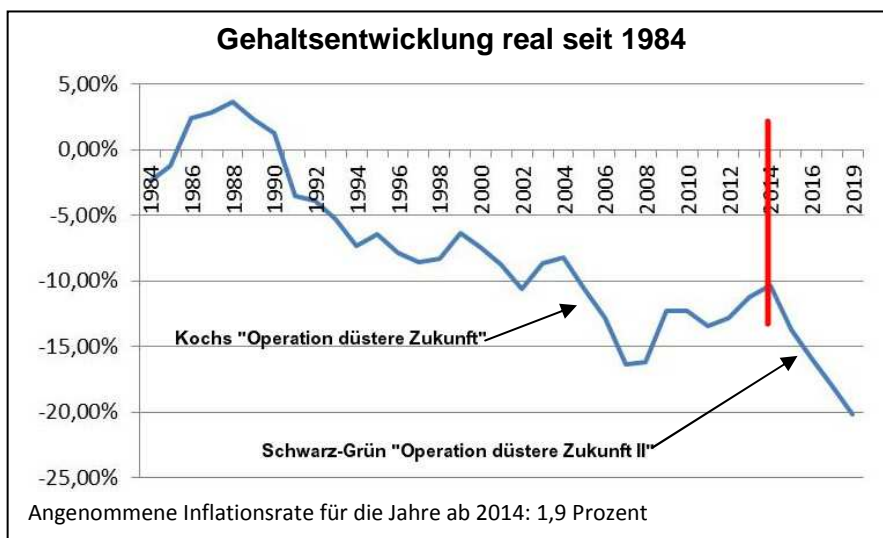
vorgegebenen Pflichten einfach ab', kritisiert Battis.“<sup>3</sup>

In Rheinland-Pfalz, das ähnlich wie Hessen vorgeht, hält das Verwaltungsgericht Koblenz das Vorgehen bereits für verfassungswidrig und hat das Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung aufgefordert.

### Warum sich aufregen, wir verdienen doch gut???

Wir sollten unsere soziale Ader nicht überstrapazieren und uns nicht daran

orientieren, dass es Menschen gibt, denen es noch schlechter geht! Gute Arbeit kostet Geld! Das steigende Nationaleinkommen lässt Steigerungen für alle zu. Verzicht verstärkt die soziale Schieflage.



- ➔ Allein der Verlust des Realeinkommens summiert sich während der Legislaturperiode schon beim Einstiegsgrundgehalt von A13 auf fast 10.000 Euro. Zugrunde gelegt ist dabei die sehr niedrige Inflationsrate der letzten Jahre.
- ➔ Berücksichtigt man, dass auch Beamtinnen und Beamte am steigenden Nationaleinkommen Anteil haben sollten und Gehaltssteigerungen statt Gehalts schrumpfungen angesagt sind, kann man davon ausgehen, dass die schwarz-grüne Koalition in dieser Legislaturperiode das Gehalt jedes Beamten um rund 20.000 Euro kürzt!

**Vor allem für junge Kolleginnen und Kollegen werden sich die Verluste bis zu Pensionierung vervielfachen, wenn wir nicht gegensteuern!** Der Grund: alle künftigen Gehaltserhöhungen würden auf den Kürzungen aus dieser Legislaturperiode aufbauen.

- ➔ **Nur** in Hessen gilt die 42-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte. Das Vorenthalten der 40-Stundenwoche bringt der Landesregierung allein bei den Lehrkräften rund 1800 Stellen oder ca. 160 Millionen Euro. Jede Lehrkraft mit voller Stelle subventioniert dadurch die schwarz-grüne Regierungskoalition mit rund 3.000 Euro pro Jahr. Ab 2017, wenn die Arbeitszeit auf 41 Stunden sinken soll, werden es rund 1.500 Euro pro Jahr sein. Wir schenken der Landesregierung so insgesamt nochmals mehr als 10.000 Euro in der Legislaturperiode und zahlen mit unserer Gesundheit!

### Alternativlos?

**Die Gewerkschaften haben viele sauber durchgerechnete Vorschläge zur Stärkung der Einnahmeseite des Landes gemacht, die auch zu einer gerechteren Vermögensverteilung im Lande beitragen würden. Zur Haushaltssanierung durch Notopfer für Beamte und Pensionäre gibt es sehr wohl Alternativen! Packen wir es an!**

#### Impressum:

Herausgeber:	GEW KV Hanau, DGB-Freiheitsplatz 6, 63450 Hanau
Verantwortlicher Redakteur:	Heinz Bayer, Landgrafenstraße 6, 63452 Hanau
Druck:	Imprinta, Obertshausen

Dank an Gert Ludwig Knipfer für die Unterstützung insbesondere bei den Exel-Tabellen!

<sup>3</sup> Frankfurter Rundschau vom 02.01.2014